

Verpackungssteuer – ein Weg gegen Vermüllung in Itzehoe?

Von [Andreas Olbertz](#) | 18.03.2024, 05:30 Uhr



Immer wieder landet in Itzehoe Müll nicht ordentlich in den Tonnen, sondern in Mülleimern oder der Landschaft. Dem soll mit einer Verpackungssteuer vorgebeugt werden. Foto: Andreas Olbertz

Auf Antrag der Dafi hat sich der Ausschuss für städtisches Leben mit der Einführung einer Steuer auf Einwegverpackungen nach Tübinger Vorbild befasst.

Es hätte ganz einfach sein können. „Schreibt das Ding mal um auf Itzehoer Niveau“, forderte Rainer Lutz (Dafi) die Stadtverwaltung auf. Mit „das Ding“ meinte er die Satzung der Stadt Tübingen zur Erhebung einer Verpackungssteuer. Die Dafi hatte für die jüngste Sitzung des Ausschusses für städtischen Leben den Antrag gestellt, auch in Itzehoe eine kommunale Verpackungssteuer einzuführen.

„Steuerpflicht ist ja erst mal abschreckend“, erläuterte Lutz im Ausschuss: „Das soll sie auch sein.“ Die CDU habe vor Corona einen Antrag gestellt, einen städtischen Pfandbecher für Coffee-to-go einzuführen. Das Thema hat die Pandemie nicht überlebt. Das Problem sei aber geblieben: Vermüllung der Stadt. Itzehoe habe darauf mit der Schaffung von zwei zusätzliche Stellen reagiert – anfangs befristet, inzwischen sind sie entfristet. „Mit der Schaffung dieser Stellen wird der Abfall zwar beseitigt, nicht aber die Ursache“, argumentiert die Dafi in ihrem Antrag.

Weniger Müll in Itzehoe bei Steuer auf Einwegverpackung?

Mehrwegangebote dümpelten immer auf einer niedrigen Quote von nur 1,6 Prozent, so die Dafi. „Es wird nicht weiter überprüft; trotz Pflicht“, kritisierte Fraktionsvorsitzende Kirsten Lutz. Wenn aber beispielsweise Einweg-Kaffeebecher zukünftig mit 50 Cent besteuert würden, könnte sich das positiv auf das Müllaufkommen auswirken. Da ist Bürgermeister Ralf Hoppe skeptisch:

„Es wird trotz Verpackungssteuer Leute geben, die Müll wegwerfen. Und der Anspruch, dass der weggeräumt wird, wird bleiben.“

*Ralf Hoppe
Bürgermeister*

Die Idee für eine kommunale Verpackungssteuer in Itzehoe kommt ursprünglich nicht aus der Politik. Der Verein Zero Waste hatte sie vor geraumer Zeit bereits unter den Fraktionen gestreut. Vereinsvertreter Thomas Jepp erläuterte im Ausschuss, dass es in Tübingen nicht Ziel sei, mit den Steuereinnahmen, Reinigungspersonal zu finanzieren. Die Stadt würde mit dem Geld vielmehr Betriebe bei der Umstellung auf Mehrwegsysteme unterstützen.

Das stimmt so nicht ganz. Ein entsprechendes Förderprogramm hat es in Tübingen bereits vor der Einführung der Steuer gegeben. Inzwischen wurde es eingestellt. „Wir wollen Müll vermeiden und Müllbeseitigung refinanzieren“, erklärt Claudia Patzwahl, Projektleitung für die Verpackungssteuer im Tübinger Rathaus, auf Nachfrage der Redaktion.

Weniger Müll und sprudelnde Einnahmen in Tübingen

Anderthalb Stellen hat Tübingen für die Verpackungssteuer geschaffen. Kostenpunkt 100.000 Euro. „Wir sind wie ein kleines Finanzamt“, erklärt Patzwahl. Die Unternehmen müssen ihnen melden, wie viele Einwegverpackungen sie ausgegeben haben. Danach errechnet sich die Steuerschuld. Sie und ihr Kollege kennen einen Großteil der Betriebe, um die es geht. Kommen ihnen die Angaben nicht plausibel vor, fragen sie nach Belegen. „Das ist sehr effektiv“, erklärt die Fachfrau.

Die Stadt Tübingen nimmt mit der Verpackungssteuer jährlich rund 800.000 Euro ein. „Eigentlich wollen wir das gar nicht“, stellt Patzwahl klar. Ziel sei es, Betriebe zur Umstellung auf Mehrweg zu bewegen. „Das braucht ein bisschen Anlauf, aber es funktioniert wunderbar“, erklärt sie. Nicht nur junge, hippe Unternehmen würden umstellen, auch der traditionelle Schlachter, der einen Mittagstisch anbiete. Konkrete Zahlen könne sie nicht nennen, aber die positiven Auswirkungen im Tübinger Stadtbild seien deutlich sichtbar.

Welcher Ausschuss ist in Itzehoe für Verpackungssteuer zuständig?

Einen Beschluss fassten die Ausschussmitglieder nicht. Die CDU hatte noch Beratungsbedarf in der Fraktion angemeldet. Bürgermeister Hoppe wies zudem darauf hin, dass es einen quasi gleichlautenden Antrag der Grünen für den Stadtentwicklungsausschuss gebe, für Steuern sei aber der Finanzausschuss zuständig. Eventuell müsse der Hauptausschuss eine Koordinierungsfunktion übernehmen. Ein Beschluss wurde vertagt.